

2 Definition ökologische Steuerreform

Unter einer ÖSR wird in dieser Dissertation die Umgestaltung der Steuerstruktur verstanden, bei der das Steueraufkommen aus der Einführung oder Erhöhung von Umweltsteuern zur Unterstützung von Arbeit eingesetzt wird, wobei der unscharfe Begriff Arbeit später zu präzisieren ist. Bosquet (2000) verwendet einen weiten Begriff der ÖSR: „Environmental tax reform is the process of shifting the tax burden from employment, income and investment, to pollution, resource depletion and waste.“ (Bosquet, 2000, S. 19). Die vorliegende Arbeit fokussiert sich allerdings auf fiskalische Eingriffe im Kontext der Beschäftigung bzw. des Produktionsfaktors Arbeit und beschäftigt sich nicht mit der Steuerreduktion bei Investitionen und dem Produktionsfaktor Kapital. Fiskalische Maßnahmen können verschiedene Aspekte umfassen, so zum Beispiel die Senkung der Einkommensteuer oder die Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen, die sowohl für Arbeitgebende als auch Arbeitnehmende Kosten darstellen. Die zugrunde liegende Untersuchung fasst unter der ÖSR im engeren Sinne die Entlastung der Sozialversicherungsbeiträge, da damit Entlastungen für Haushalte und Unternehmen entstehen. Unter der ÖSR im weiteren Sinne wird die Entlastung von allen arbeitsbezogenen Abgaben und Steuern verstanden, das heißt, bspw. auch die Senkung von Einkommensteuern.

Die Definition folgt Mauch et al. (1992), die darüber hinaus empfehlen, dass nur bei *Aufkommensneutralität* von Umweltsteuern und Entlastung der Arbeit, das heißt dem vollständigen Einsatz der zusätzlichen Steuermittel für die Zwecke der Reform, von einer ÖSR gesprochen werden soll (Mauch et al., 1992, S. 28). An dieser Ergänzung hängt nach Görres et al. (1995, S. 38) die Glaubwürdigkeit des Konzepts, weshalb sie auch in der vorliegenden Arbeit angewandt wird.

In der englischsprachigen Literatur werden für die ÖSR vor allem die Begriffe *Environmental Tax Reform* (Barker et al., 2009; Bosquet, 2000; Enevoldsen et al., 2009; Heady et al., 2000; Holmlund & Kolm, 2000; Karydas & Zhang, 2019; Patuelli et al., 2005; Speck & Jilkova, 2009) und *Green Tax Reform* (Bovenberg, 1999; Glomm et al., 2008; Karydas & Zhang, 2019; Maxim & Zander, 2019; van der Ploeg et al., 2022) genutzt, seltener auch *Ecological Tax Reform* (Dresner et al., 2006; Heady et al., 2000).

Die vorliegende Arbeit befasst sich lediglich mit der Besteuerung von Treibhausgasen, Steuern auf andere Umweltbereiche wie bspw. auf Ressourcen oder Abfälle werden nicht behandelt. Das bedeutet nicht, dass diese Steuerarten

in einer ÖSR nicht anwendbar wären, jedoch ist bei THG-Emissionen eine breite, zur Simulation geeignete Datenverfügbarkeit gegeben, die so bei den meisten anderen Umweltproblemen nicht vorliegt. Darüber hinaus treffen andere Umweltsteuern oft nur wenige Wirtschaftsbereiche stark, sodass es sich um Spezialfragen handeln würde; die Kernbrennstoffsteuer (2011–2016) zum Beispiel betraf lediglich die Betreiber von Kernkraftwerken. Demnach begrenzt sich diese Arbeit darauf, das drängende Problem des Klimawandels zu adressieren, welches beispielhaft auch für andere Umweltprobleme steht.

Davon abgesehen steht die Arbeit vor dem Hintergrund von Postwachstumsdebatten, sodass Aspekte aus diesen punktuell aufgegriffen werden. Unter *Postwachstum* wird sowohl eine politische Bewegung als auch eine Forschungsrichtung verstanden.⁷ Das Forschungsfeld Postwachstum befasst sich, neben der Kritik am Wachstum des *Bruttoinlandsprodukts* (BIP) als Zielgröße, insbesondere mit Fragen, wie eine Gesellschaft ohne Wachstum aussehen und funktionieren kann. Für die vorliegende Arbeit sind vor allem die Zusammenhänge von abnehmenden BIP-Wachstumsraten, Reduktion des Umweltverbrauchs und Erhalt hoher Beschäftigung von Relevanz.

7 Für einen Überblick über die Hintergründe der politischen Bewegung sowie in die ökonomischen Begründungsmuster von Postwachstum empfiehlt sich das Buch von Schmelzer und Vetter (2019).